

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Energiepolitik

Nr. 021/10 vom 28. Januar 2010

Hartmut Hamerich zu TOP 23: Alle Möglichkeiten ausschöpfen – Wirtschaftlichkeit beachten

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Wir führen hier sehr intensive Debatten bezüglich der zukünftigen finanziellen Belastungen – sowohl für den Landeshaushalt als auch für die privaten Haushalte. Die CDU behandelt diese Themen mit größter Sorgfalt und Ernsthaftigkeit. Das, liebe Kollegen von der SPD, kann ich von Ihnen nun wirklich in keiner Weise sagen. Ich habe vielmehr den Eindruck, dass Sie nach 21 Jahren Regierungsbeteiligung geradezu froh sind, es sich endlich auf den Oppositionsbänken bequem machen zu können.

Endlich können Sie alle Ihre Phantasien ausleben. Endlich können Sie Sachen fordern, die schon immer in Ihren Köpfen geisterten, egal wie unsinnig sie sind.

Und dabei ist dieser Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein ganz besonderes Stück aus dem Tollhaus. Es kann ja sein, dass die SPD Ihren eigenen Antrag noch nicht gelesen hat. Deswegen will ich seinen Inhalt nochmals kurz wiedergeben:

Die SPD-Fraktion will eine Bundesratsinitiative starten, um „verpflichtend den Vorrang von Erdkabel gegenüber Freileitungen beim Bau von 110 KV-Trassen zu verankern.“

Wenn das, was in Ihrem Antrag steht, so umgesetzt werden würde – und ich verspreche Ihnen, dass es das nicht wird –, dann würde es faktisch bedeuten, dass nur noch Erdkabel für 110-KV-Leitungen in Betracht kommen. Bei aller Liebe zum Erdkabel, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Kosten haben Sie dabei wohl – wieder einmal – völlig außer Acht gelassen. Wollen Sie sich mit dieser vollkommenen finanziellen Sorglosigkeit etwa bei den Linken anbieten?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass Erdleitungen im 110-KV-Bereich bereits vorrangig verlegt werden. Nur müssen dafür gewisse Kriterien eingehalten werden: Entweder der Neubauabschnitt befindet sich im 20-km-Bereich an den Küsten von Nord- oder Ostsee. Oder die Verlegung von Erdkabelleitungen übersteigt das 1,6-fache der Kosten für Freileitungen nicht. Doch auf eine derartige Kostenbremse haben Sie offensichtlich bewusst in ihrem Antrag verzichtet.

Natürlich wünsche ich mir auch mehr Erdkabelleitungen. Freilandleitungen sind schließlich keine architektonischen Highlights. Man muss sich jedoch immer fragen, ob die Verlegung von Erdkabelleitungen auch wirtschaftlich ist. Nicht selten sind Erdkabel sehr aufwendig und kosten ein Vielfaches einer Überlandleitung. Und darüber hinaus sind Erdkabel nicht immer technisch möglich. Vor diesem Hintergrund ist es albern, die Verlegung von Erdkabelleitungen bedingungslos erzwingen zu wollen. Wer so etwas fordert, hat jedes Recht, die explodierenden Stromkosten anzuprangern, verwirkt. Denn es sind die Stromkunden, die die Mehrkosten über Preiserhöhungen tragen müssen.

Wir alle sind wahrscheinlich keine Experten. Doch wenn Sie sich die Mühe machen und bei den Fachleuten informieren würden, dann wüssten Sie, dass es bei der Handhabung der verschiedenen Spannungsarten gravierende Unterschiede gibt. Für das Verlegen von Leitungen unter 100 KV mag es durchaus sinnvoll sein – teilweise ist es sogar gesetzlich vorgeschrieben –, Erdleitungen zu verwenden. Für 110 KV-Leitungen ist dies in der Regel nicht der Fall.

Abschließend möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen. Beim Bau der Masten von Freilandleitungen kommt es häufig zu Konflikten mit den Grundbesitzern. Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, die Netzbetreiber aufzufordern, diese Streitigkeiten durch den vermehrten Einsatz von Knickleitungen zu vermeiden. Auf diese Weise ließe sich manche Diskussion entschärfen und die Akzeptanz von Freilandleitungen erhöhen.

Sie werden dadurch zwar nicht unsichtbar und bleiben vielen ein Dorn im Auge – aber wir können die Tatsachen nun einmal nicht verleugnen und den

Kostenvorteil ignorieren. Erdkabel um jeden Preis ist wirtschaftlicher Unfug. Daher haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Einsehen und stimmen Sie für den Antrag von CDU und FDP und lassen Sie uns den unseriösen Antrag der SPD schnell vergessen.